

DENTAL TRIBUNE

The World's Dental Newspaper · German Edition

No. 12/2011 · 8. Jahrgang · Leipzig, 7. Dezember 2011 · PVSt. 64494 · Einzelpreis: 3,00 €



Orale Modetrends und Risiken

Jede Art von Mundschmuck birgt auch gewisse Gefahren. Bei Komplikationen ist ein multidisziplinäres Wissen des Teams gefordert. Von Dr. Brigitte Zimmerli, Schweiz.

► Seite 4ff



Erfolgsgeschichte aus Finnland

Planmeca – Ein sozial verantwortliches Unternehmen mit einer klaren Vision. Seit über 40 Jahren gehört es zu den Großen der Dentalbranche. Von Daniel Zimmermann, DTI.

► Seite 8



„Implantologie – Update Züri 2012“

Vom 11. bis 18. Februar 2012 findet das 7. Internationale Wintersymposium der DGOI in Züri am Arlberg statt. Unter anderem werden neue Therapiekonzepte vorgestellt.

► Seite 10

ANZEIGE

Calciumhydroxid-Creme Portionsblister

Cal de Luxe®

R-dental Dentalerzeugnisse GmbH
Informationen unter Tel. 0 40 - 22757617
Fax 0 800 - 733 68 25 gebührenfrei
E-mail: info@r-dental.com
r-dental.com

Zahnarzt an Spitze der freien Berufe

Dr. med. dent. Rolf Koschorrek wird BfB-Präsident.

BONN (jp) – Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Zahnarzt Dr. med. dent. Rolf Koschorrek (55) aus Bad-Bramstedt, Schleswig-Holstein, wird künftig den Bundesverband der Freien Berufe (BfB) führen. Koschorrek sitzt seit 2005 als direkt gewählter Abgeordneter im Bundestag und ist derzeit CDU-Obmann im Gesundheits-



Dr. med. dent. Rolf Koschorrek

schuss. Er ist Nachfolger von Dr. med. Ulrich Oesingmann (71). Koschorrek war bereits lange Jahre Vizepräsident im BfB. Oesingmann, um dessen Arbeit und Amtsführung es in den vergangenen Jahren mehrfach Diskussionen gab, hatte im Juni, bereits im Vorgriff auf sein BfB-Ausscheiden, sein Amt im Aufsichtsrat der apoBank niedergelegt. DTI

ANZEIGE

Fröhliche Weihnachten und ein erfolgreiches neues Jahr

Das dentaltrade Team bedankt sich für die gute Zusammenarbeit und Ihr Vertrauen. Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches neues Jahr.

dentaltrade®
...faire Leistung, faire Preise

[Hochwertiger Zahnersatz zu günstigen Preisen]

freecall: (0800) 247 147-1 · www.dentaltrade.de

Deutscher Zahnärztetag lehnt neue GOZ nicht rundweg ab

„Leitlinien“ für Diagnose und Therapie angemahnt. Fachzahnarzt für Allgemeine Zahnheilkunde verworfen. Von Jürgen Pischel.

GOZ allgegenwärtig BdZA im Hintergrund.

Der Deutsche Zahnärztetag 2011, in diesem Jahr erneut als Gemeinschaftsveranstaltung von DGZMK, Bundeszahnärztekammer und KZBV in Frankfurt am Main, war geprägt von unendlichen GOZ-Diskussionen, dem Rücktritt von Dr. Michael Frank als BZÄK-Vizepräsident und dem Besuch des Bundesgesundheitsministers, der den anwesenden Landesvertretern eigentlich nur erklärte, dass Politik die Kunst des Machbaren ist und die nun beschlossene GOZ besser als gar keine Novellierung der Gebührenordnung sei. Die Auswirkungen der neuen Abrechnungsregeln bleiben abzuwarten – offensichtlich hingegen war es, dass der Bundesverband der Zahnmedizinischen Alumni in Deutschland (BdZA) anders als in den vergangenen Jahren in den Hintergrund rückte und beispielsweise nicht mehr an der Ausrichtung des Studententages beteiligt wurde. DGZMK und APW hatten entschieden, das Programm in diesem Jahr ausschließlich gemeinsam mit dem BdZM zu gestalten. Das Programm für die jungen Kolleginnen und Kollegen wurde keinesfalls inhaltlich schlechter – jedoch im Hinblick auf die Alumni-Kultur deutlich eintöniger. DTI Mehr zum Thema auf Seite 27 →

BONN/KREMS – Mit gerade einmal hochgerechnet 2.700 Teilnehmern und unter Einschluss der sowieso anwesenden Funktionäre der Hauptversammlungen der Zahnärztlichen Körperschaften und Verbände war der letzte Deutsche Zahnärztetag vom 9. bis 12. November mit seinem Kongressprogramm in Frankfurt am Main ein „Flop“, so ein hochrangiger Landeskammerfunktionär. Damit hat sich das Konzept „Zahnmedizin Interdisziplinär“ den Teilnehmern zu bieten und das Wissenschaftsprogramm unter weitgehender Ausschaltung der Fachgesellschaften „nach der Pfeife der Großsponsoren aus der Dentalindustrie“ unter Verantwortung von DGZMK und Quintessenz Verlag zu gestalten, als „Schlag ins Wasser erwiesen“, so aus Länderkammerfunktionärsicht. Auch das auf Wirtschaftlichkeit getrimmte Sponsoren- und Standort-Konzept sollte überdacht werden. Berufspolitisch stellte auf dem Deutschen Zahnärztetag 2011 in Frankfurt der DGZMK-Präsident Prof. Dr. Dr. Henning Schliephake, dem Kongress-Schwerpunkt „Risikoerkennung und Risikomanagement“



Dr. Peter Engel, Präsident der Bundeszahnärztekammer.

folgend, die Erstellung von „Leitlinien“ für Diagnose und Therapie in den Vordergrund des DGZMK-Forderungskataloges. Schliephake erklärte dazu bei der Pressekonferenz, dass er es für

„problematisch hält“, die Zahnmedizin als Teil der Medizin zu betrachten und zu betreiben, aber bei Leitlinien als Zahnärzte eine Sonderrolle beanspruchen zu wollen. „Leitlinien“, so der DGZMK-Präsident, „haben in der Medizin und in der Zahnmedizin die Funktion, den Kolleginnen und Kollegen in der Praxis einen Handlungskorridor zu öffnen, der bei einer bestimmten Diagnose die therapeutisch sinnvollen, durch wissenschaftliche Evidenz belegten Maßnahmen empfiehlt“. Leitlinien stellen also keineswegs die befürchtete Einschränkung

der Behandlungsfreiheit dar, sondern „bieten vor allem für die Kolleginnen und Kollegen Unterstützung durch Behandlungsempfehlungen auf der Basis einer nachvollziehbaren Rationalen.“

Der Präsident der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) Dr. Peter Engel sprach in seiner GOZ-Neu-Bewertung – (siehe auch Klartext Seite 2) von einem gewissen Erfolg, dass es gelungen sei, mit der Verhinderung einer Öffnungsklausel einen wichtigen Sieg errungen zu haben. Die Novelle stelle aber keinesfalls einen mutigen Reformschritt dar.

Fortsetzung auf Seite 2 →

ANZEIGE

Voll anatomisch Toll günstig:

99 €

Über die Vorteile von Zirkon-Kronen und -Brücken brauchen wir Sie wahrscheinlich nicht mehr aufklären – aber bestimmt wollen Sie etwas über die Vorteile unseres Angebotes wissen:

- 100% Zirkonoxid aus unserem Meisterlabor in Essen
- extra transluzentes Material, vor dem Sintern eingefärbt
- ohne Verblendung und ohne Chipping-Risiko
- 5 Jahre Garantie

Mehr Informationen gefällig? Dann rufen Sie uns doch einfach kostenlos an.

0800 8776226
www.kostenguenstiger-zahnersatz.de

imex
DER ZAHNERSATZ
Einfach intelligenter.

TUV Rheinland
www.tuv.com
ID: 9105058698



Die neue GOZ ist eine Schande

Jürgen Pischel spricht Klartext



Es kam, wie an dieser Stelle mehrfach prognostiziert: Auch mit einem FDP-geführten Gesundheitsministerium ist keine für Zahnärzte leistungsgerechte GOZ politisch machbar. Trotz aller FDP-Versprechen zum letzten Wahlkampf, wie den vollmundigen Erklärungen in der Koalitionsvereinbarung mit der Union, müssen die Zahnärzte nun ab 1. Januar mit einer GOZ-Neu leben, die weder eine Punkterhöhung nach 24 Jahren bringt, noch im Leistungskatalog den Stand der Wissenschaft widerspiegelt, und durch entsprechende „Nachverschlechterungen“ im Bundesrat wird nun auch das GOZ-Honorarvolumen budgetiert werden. Aller Optimismus der Zahnarztfunktionäre in BZÄK und KZBV wie einzelnen Verbänden, man habe die Öffnungsklausel zu Einzelverträgen der PKVen mit Zahnärzten verhindert, wird mit der GOZ-Budgetierung durch die Hintertür wieder ausgehebelt. Natürlich haben die schwarz-gelben Landesregierungen der Begrenzung der PKV-Leistungsausgaben zugestimmt, war doch die FDP immer der verlängerte Arm der privaten Versicherungen.

Vor allem wird den Zahnärzten damit das „Zauberwort“ zur Überwindung aller GOZ-Gebührenprobleme, nämlich

„Trennung von Liquidation und Erstattung“, in der Umsetzung noch schwieriger gemacht. Schaffen es die Zahnärzte über verstärkte Nutzung neuer Positionen, auch hochwertiger Füllungen und Zahnersatz wie aufwendigere Technologien, das Kostenerstattungs- und damit Honorarvolumen hochzutreiben, dann werden spätestens 2015 die Bewertungsziffern zahlreicher GOZ-Positionen herabgefahren werden. Aber auch die weiterhin geöffnete private Vereinbarung wird weiter bürokratisiert. So werden hochwertige Leistungen mit den Patienten künftig mit einem umfangreichen Therapie- und Kostenplan bestätigt werden müssen.

Nicht nur, dass mit der Angleichung zahlloser Leistungsbewertungen an den gesetzlichen Kassentarif die BEMATisierung der GOZ vorangetrieben wurde, wird mit der GOZ-Budgetierung auch das Leistungsgeschehen im privatrechtlichen Versorgungsbereich den sozialrechtlichen Steuerungsmechanismen angepasst. Damit wird, und das verschweigen bisher alle Funktionäre, das Fundament für die Einheitskasse aus GKV und PKV, wie sie der gesundheitspolitische Sprecher der CDU für 2020 spätestens angekündigt hat, gelegt. Nicht nur mit Links – wie auch immer zusammenge-würfelt –, auch mit Schwarz-Gelb steuern wir direkt in die staatsdominierte und sozial diktierte Gesundheitsversorgung.

Was bleibt den Zahnärzten? Alles zu nutzen, was es an Freiräumen derzeit noch gibt, alle Chancen ergreifen sich schlaue zu machen, wie die GOZ-Neu für das Praxisleben optimiert werden kann und vor allem zu erkennen, der Patient ist das Wichtigste für die Praxis und die bessere Leistung. Lernen Sie, mit dem Patienten richtig klarzukommen. Sicher, auch das wird immer schwieriger, aber die Angebote zur GOZ-Neu-Anwendung aus Kammern, Verbänden, Abrechnungsgesellschaften und, und ... sind bestens vorbereitet,

toi, toi, toi, Ihr J. Pischel

Budgetierung bleibt weitgehend festgeschrieben

Verbesserungen im Versorgungsstrukturgesetz für Frauen im Zahnarztberuf.

BONN/KREMS (jp) – „Ein Meilenstein“, so der Vorsitzende der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV), Dr. Jürgen Fedderwitz, sei das neue „Versorgungsstrukturgesetz“, das kurz vor Verabschiedung im Bundestag stehe, weil es die „starken Budgetobergrenzen für Zahnärzte lockern könnte“. Fedderwitz sieht, so auf der Pressekonferenz zum Deutschen Zahnärztetag, einen „Einstieg in den Ausstieg aus der Budgetierung“. Das Morbiditätsrisiko gehe „ein Stück weit auf die Krankenkassen über“ und die zahnärztliche Gesamtvergütung sei nicht mehr „allein an Grundlohnsummenorientierung und Beitragssatzstabilität gekettet“. Immerhin hatten die Zahnärzte 2008 „1,7 Mio. Patienten ohne Einkommen behandelt“, da Leistungen von rund 148 Mio. Euro, für die Zahnärzte nicht vergütet worden sind.

Selbst die KZBV-Führung relativiert aber nun deutlich das bisher gefeierte Aus für die Budgetierung mit den im Versorgungsgesetzentwurf definierten Budgetregulierungen, seit das Bundesfinanzministerium einge-

griffen hat. Denn aus der Angst des Finanzministers, Budgetüberschreitungen für die Kassen mit Steuerzuschüssen ausgleichen zu müssen,



Dr. Jürgen Fedderwitz, Vorsitzende der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung.

wurde das Gesundheitsministerium gezwungen, in der Begründung zu § 85 SGB V eindeutig klarzustellen, dass für die Zahnärztebudgets auch „weiterhin Obergrenzen zu vereinbaren und deren Einhaltung sicherzustellen sind“. Spätestens das Bundessozialgericht wird auf Kassenforderung hin diese klare Budgetierungsformulierung rechtlich vollziehen.

Viele weitere zahnärztliche Forderungen werden im Versorgungsstrukturgesetz nicht erfüllt:

- Die GKV-Honorare im Osten werden nicht auf Westniveau angehoben, die Trennung bleibt bestehen.
- Die Zahnärzte sitzen im G-BA (Gemeinsamen Bundesausschuss Leistungserbringer Krankenkassen) weiterhin am Katzentisch, und für den zahnärztlichen Versorgungssektor wird kein eigenes Beschlussgremium eingesetzt.

Das Gesetz setzt Signale für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zahnärztinnen sollen sich zukünftig zwölf statt sechs Monate vertreten lassen können, wenn sie ein Kind bekommen. Will man sich als Zahnärztin oder Zahnarzt auf die Kindererziehung konzentrieren, kann man einen Entlastungsassistenten für bis zu drei Jahre und länger anstellen. Auch für die Pflege von Angehörigen kann man sich sechs Monate aus der Praxis lösen. Die Rahmenbedingungen müssen jedoch deutlich verbessert werden, damit auf lange Sicht genügend Zahnärzte und vor allem Zahnärztinnen den Schritt wagen, eine eigene Praxis zu eröffnen, um auch künftig eine wohnortnahe zahnmedizinischer Versorgung in der Fläche sicherstellen zu können. [DU](#)

ANZEIGE

Entsorgung von dentalen Abfällen

Ihr Weg mit enretec.

Umweltgerechte Entsorgung hat einen Namen. enretec.

Kostenfreie Servicehotline: 0800 367 38 32
www.enretec.de

←Fortsetzung von Seite 1 Leitartikel

Die GOZ-Alt wurde lediglich um wenige neue Positionen, so Engel, ergänzt.

Gerade die weiter rasch wachsende Dominanz von Frauen im Beruf des Zahnarztes erfordere, so Engel, deutlich bessere politische Rahmenbedingungen, um eine optimale „Vereinbarkeit der Ausübung des Berufes in der Praxis und Familie“ erreichen zu können. Dabei sollen Niederlassungsberatung, Wiedereingliederung, flexible Teilzeitmodelle, familienfreundliche Notdienstpläne oder gezielte Fortbildungsangebote berufstätige Mütter und Väter in der Zahnarztpraxis stärker unterstützen.

BZÄK-Präsident Engel bekräftigte weiterhin die erhobene Forderung nach einer Weiterentwicklung des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) von Krankenkassen und KVen/KZVen. Die Beteiligung der BZÄK könne den zahnmedizinischen Sachverstand im G-BA deutlich stärken, die Qualitätssicherung für den gesamten Berufsstand gewährleisten und fremde Einflüsse auf das Fach Zahnmedizin verhindern.

Der Vorsitzende der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV), Dr. Jürgen Fedderwitz, begrüßte die vorgesehenen Regelungen des Versorgungsstrukturgesetzes, das zum Jahresende den Bundestag passiert haben und Anfang 2012 in Kraft treten soll. „Mit diesem Gesetz wird ein Paradigmenwechseleingeleitet – es ist kein schnödes Kostendämpfungsgesetz wie viele Vorgänger. Jetzt kann das Vergütungssystem flexibilisiert und regionalisiert werden.“ Fedderwitz wies darauf hin, dass das Morbiditätsrisiko wieder den Krankenkassen übertragen werden soll, wo es hingehöre. Struktur und Zahl

der Versicherten würden nach dem Versorgungsstrukturgesetz endlich berücksichtigt und gleichrangig neben den Grundsatz der Beitragssatzstabilität gestellt. Er forderte die Politik auf,



Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr.

endlich mit der Umsetzung des von ihr anerkannten Betreuungskonzeptes für alte Mitbürger und Menschen mit Behinderungen zu beginnen: „Hier muss der Startschuss endlich fallen!“

Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr gab im Rahmen der BZÄK-Bundesversammlung ein Statement ab, in dem er die Zahnärzteschaft auch über die Abwägungen zur GOZ-Novelle aus Sicht der FDP zu überzeugen suchte. Er stellte heraus, dass er die Forderungen der Zahnärzte verstehe, aufgrund der finanzpolitischen Lage allerdings andere Prioritäten setzen musste. Dabei habe er sorgfältig abgewogen, z. B. bei der Entscheidung, die Öffnungsklausel entgegen den Planungen seiner Vorgängerin Ministerin a. D. Ulla Schmidt nicht in die GOZ aufzunehmen. Er habe zudem die Änderungen des GOZ-

Kabinettsentwurfs durch den Bundesrat ernsthaft geprüft: bei der „Evaluierungsklausel“ im § 12 GOZ-Orientierung der GOZ-Honorierung an dem vorgegebenen Leistungsvolumen aus

2011 – handle es sich um eine ergebnisoffene Prüfung. Bahr wollte keine direkte Budgetierung erkennen.

In einem weiteren Beschluss lehnte die BZÄK-Bundesversammlung jegliche Weiterarbeit an der aus der LZÄK Hessen geforderten Einführung eines „Fachzahnarzt Allgemeine Zahnheilkunde“ ab. Die Einführung eines „Fachzahnarzt für Allgemeine Zahnheilkunde“ würde das Staatsexamen abwerten und das Tor für weitere Fachzahnärzte öffnen.

Der Gemeinsame Beirat Fortbildung wird stattdessen beauftragt, weitere Konzepte für eine Stärkung des „Generalisten“ auszuarbeiten. Im Übrigen wird die Neuordnung der Approbationsordnung für das Zahnmedizinistudium als vordringlich angesehen. [DU](#)

DENTAL TRIBUNE	Chefredaktion Dipl.-Päd. Jürgen Isbaner (ji), Vi.S.d.P. isbaner@oemus-media.de	Produktionsleitung Gernot Meyer meyer@oemus-media.de
IMPRESSUM	Redaktionsleitung Jeannette Enders (je), M.A. j.enders@oemus-media.de	Anzeigendisposition Marius Mezger m.mezger@oemus-media.de
Verlag Oemus Media AG Holbeinstraße 29, 04229 Leipzig Tel.: 0341 48474-0 Fax: 0341 48474-290 kontakt@oemus-media.de www.oemus.com	Korrespondent Gesundheitspolitik Jürgen Pischel (jp) info@dp-uni.ac.at	Bob Schliebe b.schliebe@oemus-media.de
Verleger Torsten R. Oemus	Anzeigenverkauf Verkaufsleitung Dipl.-Betriebsw. Lutz V. Hiller hiller@oemus-media.de	Lysann Reichardt l.reichardt@oemus-media.de
Verlagsleitung Ingolf Döbbecke Dipl.-Päd. Jürgen Isbaner Dipl.-Betriebsw. Lutz V. Hiller	Verkauf Nadine Naumann n.naumann@oemus-media.de	Layout/Satz Franziska Dachsel
Erscheinungsweise Dental Tribune German Edition erscheint 2011 mit 12 Ausgaben, es gilt die Preisliste Nr. 2 vom 1.1.2011. Es gelten die AGB.		Lektorat Hans Motschmann h.motschmann@oemus-media.de

Druckerei
Vogel Druck und Medienservice GmbH, Leibnizstraße 5, 97204 Höchberg

Verlags- und Urheberrecht
Dental Tribune German Edition ist ein eigenständiges redaktionelles Publikationsorgan der Oemus Media AG. Die Zeitschrift und die enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt besonders für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages. Bei Einsendungen an die Redaktion wird das Einverständnis zur vollen oder auszugsweisen Veröffentlichung vorausgesetzt, sofern nichts anderes vermerkt ist. Mit Einsendung des Manuskriptes geht das Recht zur Veröffentlichung als auch die Rechte zur Übersetzung, zur Vergabe von Nachdruckrechten in deutscher oder fremder Sprache, zur elektronischen Speicherung in Datenbanken zur Herstellung von Sonderdrucken und Fotokopien an den Verlag über. Für unverlangt eingesandte Bücher und Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mit anderen als den redaktionseigenen Signa oder mit Verfasseramen gekennzeichnete Beiträge geben die Auffassung der Verfasser wieder, welche der Meinung der Redaktion nicht zu entsprechen braucht. Der Autor des Beitrages trägt die Verantwortung. Gekennzeichnete Sonderteile und Anzeigen befinden sich außerhalb der Verantwortung der Redaktion. Für Verbands-, Unternehmens- und Marktinformationen kann keine Gewähr übernommen werden. Eine Haftung für Folgen aus unrichtigen oder fehlerhaften Darstellungen wird in jedem Falle ausgeschlossen. Gerichtsstand ist Leipzig.

Alle mit Symbolen gekennzeichneten Beiträge sind in der E-Paper-Version der jeweiligen Publikation auf www.zwp-online.info mit weiterführenden Informationen vernetzt.